



# HESSISCHER LANDTAG

17. 08. 2022

INA

## Dringlicher Berichts Antrag

**Klaus Gagel (AfD), Klaus Herrmann (AfD), Dirk Gaw (AfD),  
Dr. Frank Grobe (AfD) und Robert Lambrou (AfD)**

### Großeinsatz in Taunusstein-Wehen

Laut Zeugenaussagen stieg am 12.08.2022 gegen 7 Uhr morgens ein 64-jähriger Mann auf ein Hausdach eines mehrstöckigen Wohnhauses in Taunusstein, Ortsteil Wehen. Polizei, Feuerwehr, später Krankenwagen, das THW, zuletzt zwei SEK-Einheiten mit einer Höhenrettungsgruppe, eine davon aus Kassel, sollen in diesem Zusammenhang mit Hubschrauber-Unterstützung ange-reist sein, um den Mann in Sicherheit zu bringen.

Die B 275, Ortsdurchfahrt Wehen wurde voll gesperrt. Verkehrsteilnehmer, Busse und Schwerlastverkehr hatten große Probleme, die nicht dafür ausgelegten Ausweichrouten zu befahren.

Der Mann soll sich geweigert haben, vom Dach abzusteigen. Er hielt sich die meiste Zeit am Dachgiebel auf. Er soll selbst genügend Proviant und Getränke mit auf das Dach genommen haben. Experten sollen stundenlang versucht haben, den Mann zum Aufgeben zu bewegen, ohne Erfolg.

Nach Angaben von Zeugen durften die Bewohner der Nachbargebäude ihre Wohnungen etwa fünf Stunden lang nicht verlassen. Der betroffene Einzelhandel vor Ort war stark eingeschränkt. Zu-dem drohte der Mann mit Selbstmord durch ein Messer, welches er mit dabei hatte. Eine Schuss-waffe hingegen soll der Mann nicht dabei gehabt haben. Zeugen berichteten, dass der Mann ver-mutlich gelernter Dachdecker war, der derzeit arbeitslos sei. Das Haus, das der Mann geerbt habe, sei gepfändet worden.

Erst gegen 21 Uhr, also 14 Stunden nach Beginn, konnte der Mann mittels einer Blendgranate überwältigt und von einer SEK-Einheit festgenommen werden.

Nur die lokale Presse berichtete äußerst spärlich über den Vorfall:

→ [https://www.wiesbadener-kurier.de/amp/lokales/untertaunus/taunusstein/ortsdurchfahrt-wehen-nach-einsatz-wieder-offen\\_25665322](https://www.wiesbadener-kurier.de/amp/lokales/untertaunus/taunusstein/ortsdurchfahrt-wehen-nach-einsatz-wieder-offen_25665322)

Auch in der Bild am Sonntag, Print-Ausgabe vom 14.08.2022, gab es dazu einen Bericht mit drei Bildern.

Die Landesregierung wird ersucht, im Innenausschuss (INA) über folgenden Gegenstand zu be-richten:

1. Kann die Landesregierung den in der Vorbemerkung geschilderten Vorfall so bestätigen?  
Wenn nein, wie verlief der Vorfall tatsächlich?
2. Warum wurde der Vorfall nicht in der polizeilichen Pressemeldung des PP Westhessen erwähnt?
3. Wurde eine Nachrichtensperre ganz oder teilweise verhängt?  
Wenn ja, warum und von wem?
4. Ist der Mann bereits polizeilich in Erscheinung getreten?  
Wenn ja, in welcher Form?
5. Befand sich der Mann in der Vergangenheit bzw. aktuell in psychiatrischer Behandlung?
6. Stellt der Mann eine Bedrohung für die öffentliche Sicherheit und Ordnung dar?  
Wenn ja, welche Bedrohung stellte der Mann dar?

7. Wie wurde mit dem Mann weiter verfahren?  
Welche weiteren Maßnahmen wurden ergriffen?
8. Welche Dienststellen der Polizei waren an dem Einsatz beteiligt?
9. Wer traf die Entscheidung für einen SEK-Einsatz?
10. Wie viele Beamten der Polizei waren im Einsatz? Bitte aufschlüsseln nach Dienststellen.
11. Wie viele Beamten des SEKs waren im Einsatz? Bitte aufschlüsseln nach Einheiten.
12. War die Verhandlungsgruppe der Polizei an diesem Einsatz beteiligt?
13. Wie viele Personen des THW waren im Einsatz?
14. Wie viele Personen der Feuerwehr und Notfallrettung waren im Einsatz?
15. Wie viele Mann-Stunden erforderte der Einsatz? Bitte aufschlüsseln nach Einheiten.
16. Wie hoch ist der geschätzte Kostenaufwand des Einsatzes unter Berücksichtigung der geleisteten Stunden der Einsatzkräfte?
17. Weshalb konnte der Zugriff nicht früher erfolgen?
18. Welche Alternativen wurde innerhalb der Polizei diskutiert, um den Einsatz mit möglichst geringem Aufwand zu gestalten?
19. Wurde von der Einsatzleitung die Frage von Aufwand und Verhältnismäßigkeit geprüft?  
Wenn ja, welche Alternativen wurden diskutiert?
20. Hält die Landesregierung den Aufwand des Einsatzes für verhältnismäßig?
21. Wird innerhalb der Landesregierung die Frage von Aufwand und Verhältnismäßigkeit diskutiert?
22. Wird die Polizei bei zukünftig ähnlichen Fällen ähnlich reagieren?  
Welche Lehren zieht die Polizei aus diesem Einsatz?
23. Aufgrund welcher Rahmenbedingungen (gesetzliche Bestimmungen, Dienstvorschriften) ist die Polizei gezwungen, einen Aufwand dieser Art zu betreiben?
24. Sieht die Landesregierung einen Änderungsbedarf bei polizeiinternen Anweisungen, Dienstvorschriften oder gar auch bei gesetzlichen Rahmenbedingungen?

Wiesbaden, 17. August 2022

**Klaus Gagel**  
**Klaus Herrmann**  
**Dirk Gaw**  
**Dr. Frank Grobe**  
**Robert Lambrou**